

# Der sächsische Erzähler,

## Wochenblatt für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.

Amtblatt der Königl. Amtshauptmannschaft, der Königl. Schul-Inspection u. des Königl. Hauptsteueramtes zu Bautzen, sowie des Königl. Amtsgerichtes und des Stadtrathes zu Bischofswerda.

Diese Zeitschrift erscheint wöchentlich zwei Mal, Mittwoch u. Sonnabends, und kostet einschließlich der Sonnabends erscheinenden „beiliegenden Beilage“ vierteljährlich 1 Mt. 50 Pfg.

Bestellungen werden bei allen Postanstalten des deutschen Reiches, für Bischofswerda und Umgegend in der Expedition dieses Blattes angenommen. Siebenunddreißigster Jahrgang.

Inserate, welche in diesem Blatte die weiteste Verbreitung finden, werden bis Dienstag und Freitag früh 9 Uhr angenommen und kostet die dreispaltige Spalte 10 Pfg. Geringster Inseratbetrag 25 Pfg.

### Bekanntmachung.

Herr Bleichereibesitzer Ernst Julius Richter zu Ober-Neulirch, L. S., beabsichtigt, die von ihm in dem unter Nr. 158 des Brandversicherungs-Catasters Nr. 1673 b des Flurbuchs für Ober-Neulirch gelegenen Grundstücke betriebene chemische Garnbleicherei zu erweitern und zu diesem Behufe ein Bleichhaus zu erbauen.

In Gemäßheit § 17 der Reichsgewerbeordnung vom 21. Juni 1869 wird dies mit der Aufforderung hierdurch bekannt gemacht, etwaige Einwendungen hiergegen, so weit sie nicht auf besonderen Privatrechts-Titeln beruhen, bei deren Verlust binnen 14 Tagen, vom Erscheinen dieser Bekanntmachung an gerechnet, allhier anzubringen.

Bautzen, den 14. April 1882.

Die königliche Amtshauptmannschaft von Salza.

Steglich.

### Freitag, den 21. d. M., von 9 Uhr Vormittags an,

soll auf dem ehemalige Thunig'schen Waldgrundstück am Butterberge eine Parthie Stämme und Stangen (Baun-, Vermach- und Niststangen), sowie einige Klöße meistbietend verkauft werden und wollen sich Ersteherlustige zur gedachten Zeit auf dem Holzschlage einfinden.

Stadtrath Bischofswerda, am 13. April 1882.

### Sin.

Bei einer am 4. dieses Monats hier verhafteten Frauensperson sind alte mit Spigen besetzte Kinderhemdchen, von denen das eine mit E. R. gezeichnet ist, sowie eine blaue, gedruckte Kayschürze, welche Gegenstände sie in hiesiger Stadt von 2 unbekanntem Frauen geschenkt erhalten haben will, vorgefunden worden.

Zu vergl. die Bekanntmachung in Nr. 29, Jahrgang 1882, dieses Blattes.

Jedermann, welcher hierüber Auskunft geben kann, wird ersucht, sich schleunigst beim Unterzeichneten zu melden.

Bischofswerda, am 15. April 1882.

Der königliche Amtsanwalt Romundt, Adv.

### Fortbildungsschule.

Die Anmeldung zur Fortbildungsschule ist

### Donnerstag, den 20. April, Nachm. zwischen 3 und 4 Uhr,

unter Vorlegung des Schulentlassungszeugnisses in der Schulerpedition zu bewirken.

Am darauffolgenden Sonntag früh 11 Uhr haben sich sämtliche Fortbildungsschüler behufs Einordnung in die Classen ruhig und gefittet im Schulsaal zu versammeln.

Bischofswerda, den 19. April 1882.

Dr. G. Henze.

### Politische Weltschau.

Der „stillen Woche“ vor dem Osterfeste folgte eine eben solche „stille Woche“ nach demselben, denn sowohl in der inneren wie in der äußeren Politik war während der letztvergangenen Tage ein Stadium vollkommener Ebbe eingetreten. Besondere hervorzuhelende Ereignisse passirten in keinem einzigen Lande. Solche Zeit ist für die Mythenbildung am allergünstigsten. Die verehrten Leser verlangen alle Tage etwas Neues; wofür bezahlen sie denn ihr Blatt? In Ermangelung geeigneter Thatsachen sehen sich deshalb die Presseorgane sehr oft auf die Hirngespinnste feinerer Reporter angewiesen. Man darf sich daher nicht wundern, daß gegenwärtig wieder einmal ein Gerücht die Kunde durch die Blätter macht, welches eine höchst fragwürdige Natur verräth und wie ein tanzender Irrewisch dazu bestimmt zu sein scheint, leichtgläubige Seelen zu foppen: wir meinen die Kunde von einem angeblich zum Abschluß gelangten Bündnisse Deutschlands mit Schweden. Wie es scheint, hat diese Nachricht ihren Ursprung in einem schwedischen Blatte, welches den deutschen Interessen nicht sonderlich zugethan zu sein pflegt. Später ist sie dann in die französische Presse und von dort in die deutsche übergegangen, von welcher letzterer ihr jedoch nur wenig Ernst beigegeben wird. Auch wir nehmen nur vorübergehend Notiz von diesem Märchen. — Was die innere Politik des deutschen Reiches betrifft, so ist die am 12. April erfolgte Wiederaufnahme der Bundesrathssitzungen das einzig hervorzuhelende Ereigniß. Gleich bei der Eröffnung wurden die Gesetzentwürfe über die Unfall- und Kranken-Versicherung für Arbeiter, die Abänderung der Gewerbeordnung und das Tabakmonopol den Ausschüssen zur Berathung überwiesen. Die Verhandlungen im Reichstage sind bis dahin noch nicht begonnen, doch ist die Minister

der Bundesstaaten theilnehmen, sollten Sonntag, den 16. April, oder, nach einer anderen Angabe, Montag, den 17. d. M., beginnen. Man hofft, daß diese Beratungen im Laufe des gegenwärtigen Monats soweit gefördert werden, daß die Einberufung des Reichstages noch in den letzten Tagen des April erfolgen kann. Mitbin geben wir also einer jedenfalls unerquicklichen und durch das theilweise Zusammenfallen von Reichstag und preussischen Landtag erschwerten parlamentarischen Saison entgegen. Da ist es denn dringend zu wünschen, daß sich die bevorstehende Reichstagsession wenigstens auf das Allerwichtigste und Unerläßlichste beschränkt und nicht außer dem Tabakmonopol und der Arbeiter-Unfallversicherung noch andere große Gesetzentwürfe jetzt an den Reichstag gebracht werden. Ohne allen Zweifel wird auch der Reichscanzler Fürst Bismarck einen ganz hervorragenden Antheil an der Leitung der Geschäfte nehmen und demnächst aus Friedrichsruh nach Berlin zurückkehren, um an den Ministerconferenzen des Bundesrathes und den bedeutamen Sitzungen des Reichstages theilzunehmen. Alles in Allem gerechnet, ist aber vorauszusetzen, daß sich wohl im Bundesrath, aber nicht im Reichstage eine Mehrheit für das Tabakmonopol finden wird, ja es dürfte kaum ein Viertel der Reichstagsabgeordneten für das Monopol stimmen, denn die Liberalen, wie die Centrumpartei lassen wiederholt in ihren Organen erklären, daß sie nicht für das Monopol stimmen können und ihre Gründe dagegen im Reichstage noch besonders darzulegen gedenken. Wie unter diesen Umständen der Firchenpolitische Compromiß perfect werden soll, ist auch nicht abzusehen, da neuerdings die Regierungspresse erklärt, die Regierung habe ihre Zustimmung noch nicht zu demselben ertheilt, auch seien weder die Regierung, noch die Conservativen so naiv, um sich über die künftige Haltung der Centrumpartei zu täuschen. Unsere innere Politik befindet sich daher offenbar an

einem Punkte oder vielleicht auch in einer Sackgasse, aus welcher sie ohne eine scharfe Crisis mit nachhaltigen Wandlungen wohl nicht herauszubringen ist. Mit dem am 15. April erfolgten Wiederauftritt der österreichisch-ungarischen Delegation ist die Entscheidung für die verschiedenen Angelegenheiten der occupirten Provinzen wie auch der Crivodie nahe gerückt. Die Regierung wird von den Delegationen einen abermaligen außerordentlichen Credit, wie man sagt in der Höhe von 25-30 Millionen Gulden, fordern, welcher hauptsächlich zur Anlage von großartigen Befestigungswerken in der Herzegowina und der Crivodie verwendet werden soll. Die Delegationen sollen aber entschlossen sein, den Credit nicht eher zu bewilligen, als bis die Regierung sich bestimmt darüber geäußert hat, in welcher Weise das fernere Verhältnis Bosniens und der Herzegowina zur österreichischen Monarchie geregelt werden soll. Denn so lange dem Sultan noch die Oberhoheit über diese Länder zufließt, wäre es unklug, große Summen für Befestigungen und ähnliche Zwecke in jenen Provinzen auszugeben. — In Wien fand am 12. April die Trauung des Prinzen Arnulf von Baiern und der Prinzessin Therese Liechtenstein in Gegenwart des kaiserlichen Paares, der Erzherzöge und Erzherzoginnen, sowie zahlreicher hoher Gäste statt.

Der Fürst von Montenegro giebt der österreichischen Regierung bei jeder Gelegenheit Beweis seiner freundschaftlichen und loyalen Haltung. Als er kürzlich die Insurgentenführer Subotić und Cerovic empfing, theilte ihm derselben die Bedingungen mit, unter denen sie sich unterwerfen würden. Sie forderten allgemeine Amnestie, Aufhebung der in der Woche consistirten Waffenstillstandes, die förmliche Ausräumung von Cetina und Buzina, und vollständige Befreiung von den türkischen Steuern. Der Fürst soll diese Bedingungen ablehnen.